

Struktur und Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft

Hans-Dieter Haas und Martin Heß

In den letzten Jahrzehnten war die Weltwirtschaft durch zunehmende Verflechtungen der Volkswirtschaften bzw. Vernetzung von globalen Aktivitäten multinationaler Gesellschaften gekennzeichnet. Dieser Sachverhalt hat unter dem Begriff Globalisierung Eingang in die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion gefunden. Dabei stiegen die Vo-

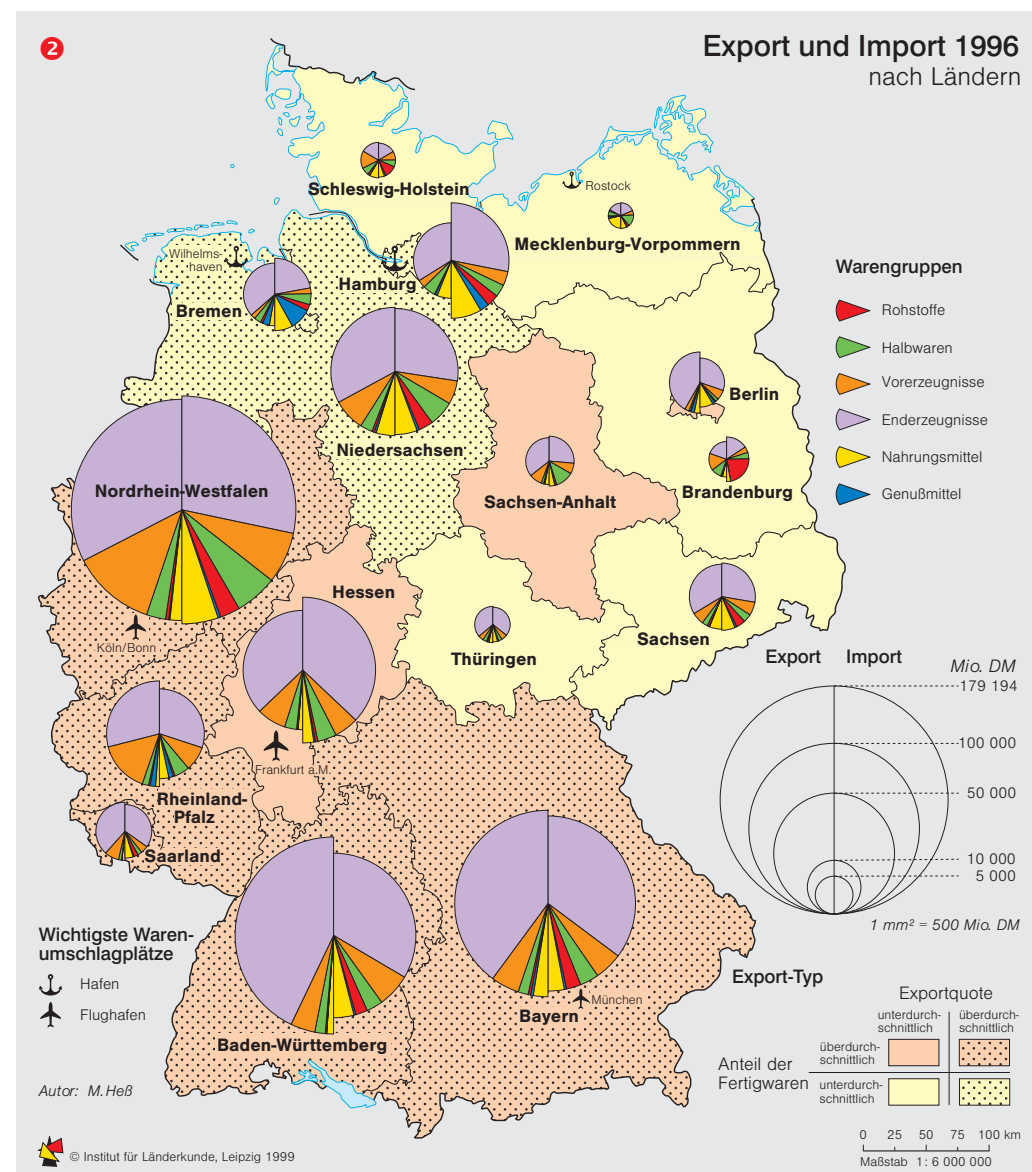
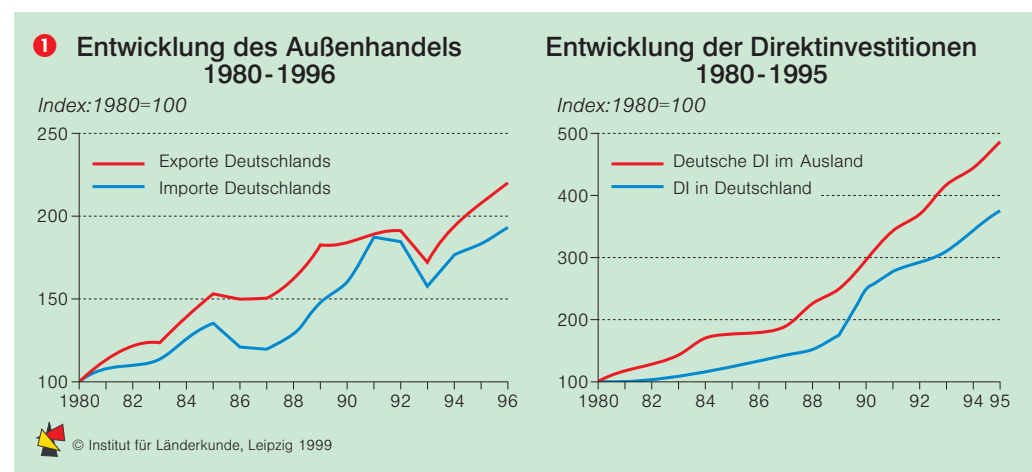
lumina von Welthandel und Direktinvestitionen wesentlich schneller als der Umfang der Weltproduktion. Deutschland ist als eine der führenden Wirtschaftsnationen der Erde davon in besonderem Maße betroffen. Eine große Bedeutung für die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen hatte in der Vergangenheit v.a. die fortschreitende wirtschaftliche Integration in Europa, die 1999 in eine Währungsunion mündete, an der sich elf der 15 EU-Staaten beteiligten. Durch den weltweiten Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen sowie die Schaffung der Freizügigkeit im Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr innerhalb der EU wurden für die deutsche Außenwirtschaft entscheidende Impulse gesetzt. Hinzu kamen weltweite Liberalisierungsbestrebungen im Rahmen von GATT und WTO, die grenzüberschreitende Aktivitäten deutscher Unternehmen erleichterten →. Angesichts der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft kommt künftigen global orientierten Wirtschaftspolitiken besondere Bedeutung zu. Das verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet nahezu ein Drittel des Umsatzes im Ausland, für forschungs- und entwicklungsintensive Güter liegt die Exportquote sogar bei 42%.

dem Ausland ist dagegen seit langer Zeit negativ, mit steigender Tendenz. Dieses Defizit wird in großem Maße durch den internationalen Reiseverkehr und Tourismus bedingt (► Beitrag Langhagen-Rohrbach).

Die Warenstruktur des deutschen Außenhandels ist durch die absolute Dominanz von Investitionsgütern und wertschöpfungsintensiven Fertigwaren, v.a. in den Bereichen Fahrzeugbau, Chemische Industrie, Elektroindustrie und Maschinenbau, charakterisiert. Mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns machen sie deutlich mehr als die Hälfte des Warenhandels in den einzelnen Ländern aus. Rohstoffe und Vorprodukte sind gemessen am Umsatzanteil von geringerer Bedeutung 2. Produkte aus diesen Gruppen spielen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg eine größere Rolle, was auf die Umschlagfunktion dieser Hafenstädte zurückzuführen ist. Dazu zählt v.a. der Import von Nahrungs- und Genussmitteln. Allgemein lässt sich jedoch eine Komplementarität der Import- und Exportgüter feststellen, was nicht zuletzt an der hohen Bedeutung des intraindustriellen Handels zwischen den Triademärkten (EU, Japan, USA) liegt.

Vom GATT zur WTO

Die Idee eines freien Welthandels ohne Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse reicht weit zurück. Jedoch erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann mit der Diskussion um die Nachkriegsordnung der Weltwirtschaft allmählich eine institutionelle Regelung des weltweiten Handels. Wichtigstes Instrument zur Liberalisierung war das 1948 in Kraft getretene **General Agreement on Tariffs and Trade**, abgekürzt GATT. Dieses multilaterale Handelsabkommen hatte das Ziel, allmählich alle zwischenstaatlichen Handelsbarrieren abzubauen. In mehreren Verhandlungsrunden wurden bis zu Beginn der 90er Jahre Maßnahmen insbesondere zu Zollsenkungen – v.a. bei den Importzöllen der Industrieländer – beschlossen. Da das GATT keine Organisation mit Möglichkeiten der Sanktionierung von Verstößen gegen die Handelsabkommen war, wurde die Notwendigkeit einer internationalen Handelsorganisation immer deutlicher. In der achten und letzten GATT-Verhandlungsrunde – der sog. Uruguay-Runde – beschloss man daher die Errichtung einer Welthandelsorganisation, der **World Trade Organisation (WTO)**. Sie trat zum 1. Januar 1995 in Kraft und ist seither die wichtigste supranationale Organisation für die Regelung des Welthandels, wobei die Mitgliedsstaaten bei Missachtung der Regeln mit Sanktionen zu rechnen haben. Neben dem zwischenstaatlichen Warenhandel ist die WTO im Unterschied zum GATT nun auch für die Regelung des Handels mit Dienstleistungen und den Schutz geistiger Eigentumsrechte zuständig.



Die deutschen Ausfuhren stammen zu einem großen Teil aus den leistungsstarken Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Industrie und tertiärer Sektor sind dort besonders exportorientiert, was sich auch in der hohen Exportquote niederschlägt. Die neuen Länder weisen demgegenüber noch deutlich unterdurchschnittliche Exportquoten auf.

Quell- und Zielregionen des deutschen Außenhandels

Der Handel der Bundesrepublik Deutschland konzentriert sich v.a. auf andere europäische Staaten sowie die USA und Japan (Triadenhandel). Der Handel innerhalb der EU machte 1996 knapp 58% des gesamten deutschen Außenhandelsumsatzes von 1,5 Billionen DM aus. Die wichtigsten Handelspartner sind Frankreich, die USA, Großbritannien, die Niederlande und Italien. Die USA haben sich gegenwärtig auf Platz 2 der Handelspartner verbessert, was v.a. auf die gute konjunkturelle Lage in den Vereinigten Staaten und den für Deutschland hinsichtlich der Exportpreise günstigen Wechselkurs des US-Dollars zurückzuführen ist. Der asiatische Raum stellt ebenfalls eine wichtige Quell- und Zielregion für die deutsche Außenwirtschaft dar. Ca. 12% des Exports und 15% des Imports entfallen auf diesen Raum. Die in jüngster Zeit eingetretene Asienkrise hatte bisher jedoch nur geringe Auswirkungen auf den deutschen Export, da die von der Krise besonders betroffenen Länder Thailand, Indonesien und Malaysia nicht zu den asiatischen Haupthandelspartnern zählen. Entwicklungs- und Schwellenländer außerhalb Asiens spielen eine vergleichsweise geringe Rolle als Handelspartner. Der Anteil der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer dagegen hat sich in den 90er Jahren auf rund 9% merklich erhöht. Das Volumen der Exporte in diese Ländergruppe überstieg 1995 zum ersten Mal den Umfang der Ausfuhren in die USA. Die Außenhandelsverflechtungen stiegen vor allem mit den Reformländern Polen, Tschechische Republik und Ungarn deutlich an, während Russland als Handelspartner an Bedeutung verloren hat.

Zur Entwicklung der Direktinvestitionstätigkeit

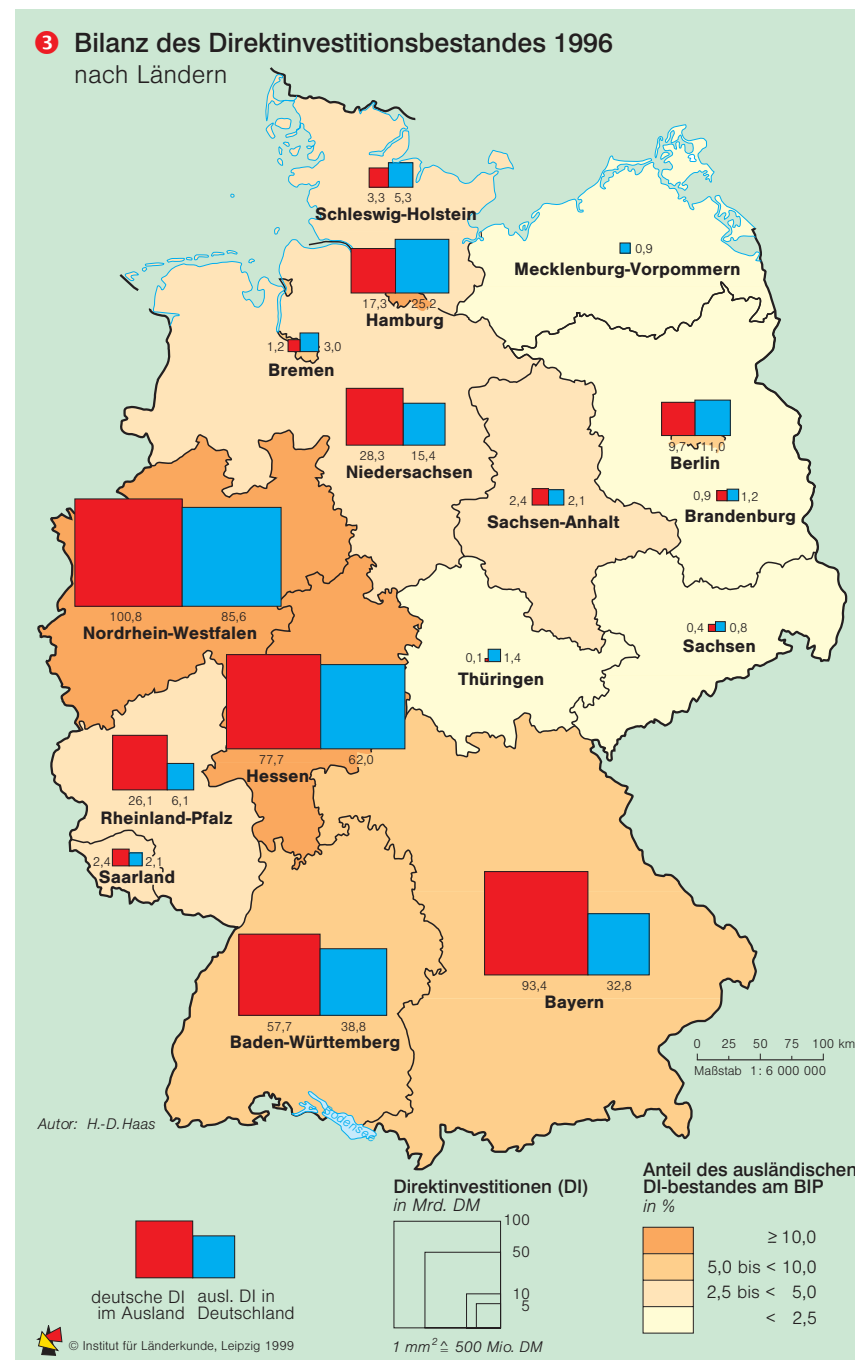
Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft kommt außer durch Außenhandelsbeziehungen vor allem durch Direktinvestitionen zum Tragen. Eine zunehmende Zahl von Unternehmen engagiert sich in Form von Neugründungen, Beteiligungen oder Übernahmen im Ausland, was in Politik und Öffentlichkeit oftmals zu negativ bewertet wird. Tatsächlich steigt das Direktinvestitionsvolumen stärker als der Export ^①, dies ist jedoch kein Zeichen mangelnder Attraktivität des Standorts Deutschland →. Der Saldo von deutschen Investitionen im Ausland und ausländischen Direktinvestitionen ist deutlich negativ, da der Kapitalzufluss nach Deutschland

zwar gestiegen ist, jedoch in geringerem Maße als der Kapitalabfluss. 1996 belief sich der Bestand deutscher unmittelbarer und mittelbarer Direktinvestitionen im Ausland auf ca. 446 Mrd. DM; ausländische Unternehmen hatten demgegenüber 1996 in Deutschland ca. 293 Mrd. DM angelegt.

Die Investitionsbestände verteilen sich innerhalb Deutschlands – ähnlich dem Exportumsatz – in unterschiedlicher Weise ^③. Gemessen an der Wirtschaftskraft der Länder sind die meisten ausländischen Direktinvestitionsbestände in Hessen und Nordrhein-Westfalen zu beobachten, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Bezogen auf die jährlichen Kapitalzuflüsse liegt seit vielen Jahren Bayern in der Bundesrepublik an der Spitze. Der Raum Düsseldorf stellt ein bevorzugtes Ziel für japanische Unternehmen dar, während in Frankfurt a.M. und Umland insbesondere US-amerikanische Firmen investieren. Die neuen Länder sind bisher nur in geringem Maße Standort für ausländische Investoren, trotz des im Vergleich zu den alten Ländern geringeren Niveaus der



Eingang zur neuen Messe München

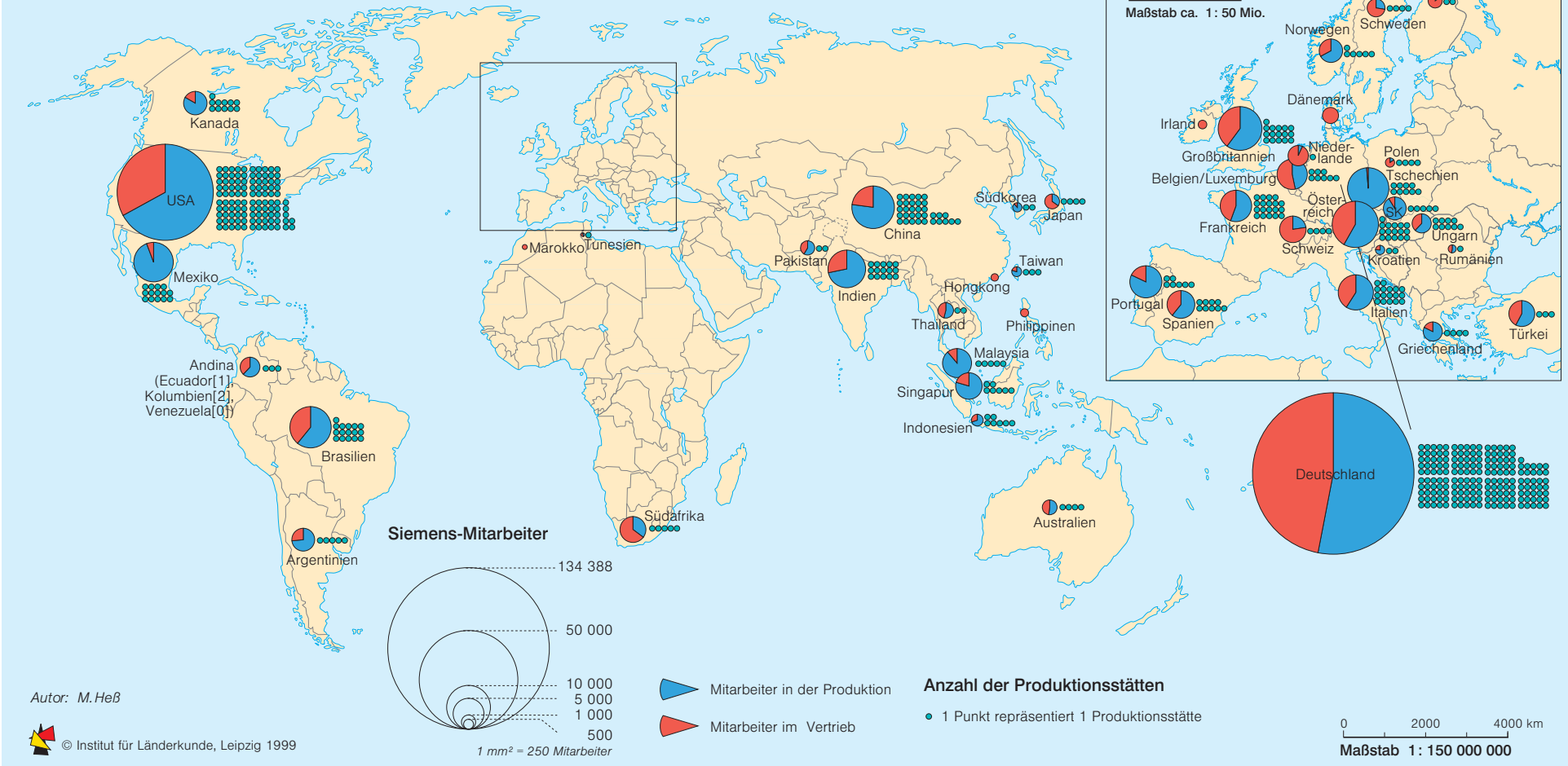


Arbeitskosten und einer Vielzahl wirtschafts- und industriepolitischer Fördermaßnahmen.

Der Direktinvestitionsbestand in Deutschland besteht zu 80-90% aus Anlagen im Dienstleistungssektor, das verarbeitende Gewerbe als Anlageobjekt tritt demgegenüber weit zurück. Aber auch das deutsche Engagement im Ausland wird überwiegend von Unternehmen des tertiären Sektors gezeigt. Auslandsinvestitionen durch das verarbeitende Gewerbe werden v.a. in den Branchen Chemie und Fahrzeugbau getätigt. Aber auch in anderen Wirtschaftssektoren existieren in Deutschland sog. Global Player, wie das Beispiel der Siemens AG verdeutlicht ^④. Der Elektrotechnik-Konzern Siemens betreibt Produktionsstätten in mehr als 40 Ländern auf allen Kontinenten. Mit Vertriebsniederlassungen oder Vertretungsbüros ist das Unternehmen in nahezu jedem Staat der Erde vertreten. Aus diesem Grund ist es durchaus gerechtfertigt, von einem Global Player zu sprechen. Siemens agiert auch im geographisch-länderspezifischen Sinne tatsächlich global, während viele andere deutsche Unternehmen sich auf deutlich weniger Standorte konzentrieren, die v.a. in Europa und den Triademärkten zu finden sind.

Gemessen am Umsatz erreichen Weltkonzerne heute Dimensionen, die in manchen Fällen das Bruttoinlandsprodukt entwickelter Volkswirtschaften übertreffen. Dementsprechend wird solchen transnationalen Unternehmen eine ökonomische Macht zugeschrieben, welche die Wirtschaftspolitik von Ländern beeinflussen kann und umgekehrt durch staatliche Regelungen kaum →

4 Die Siemens AG als Global Player 1998



Globalisierung und Staat

Während der letzten Jahrhunderte waren nationale Entwicklungsprozesse für die Gesellschaften prägend; der Nationalstaat repräsentierte die gültige Form politisch-gesellschaftlicher Organisation, während die nationale Volkswirtschaft eine logische und integrierte Wirtschaftsform darstellte. Nationale Märkte als ökonomische Eckpfeiler dieser Volkswirtschaften haben jedoch im Zuge der Internationalisierung zugunsten einer wachsenden Bedeutung des Weltwirtschaftsraumes an Relevanz verloren. Eine weitere Entwicklung, welche die angestammte Rolle von einzelnen Staaten als gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Handlungsrahmen in Frage stellt, ist die zunehmende ökonomische und politische Integration von Ländern zu Wirtschaftsblöcken bzw. supranationalen Zusammenschlüssen. Beispiele dafür wären etwa die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes oder die Entwicklung des nordamerikanischen Wirtschaftsraumes zur **North American Free Trade Area** (NAFTA). Der bisher beschriebene Bedeutungsverlust nationaler Einflüsse führte zweifellos zu einer Stärkung supranationaler Institutionen und einer erhöhten Entscheidungsmacht transnationaler Unternehmen. Im Gegenzug zeigen sich jedoch auch zunehmend Tendenzen einer stärkeren regionalen Orientierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie sich etwa in der Vorstellung von einem Europa der Regionen äußert, so dass die Souveränität von Staaten teilweise auch von unten in Frage gestellt wird. Die Betonung von regional unterschiedlichen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Besonderheiten kann damit erklärt werden, dass diese Rückbesinnung auf die Region eine Reaktion auf die Veränderungen weltweiter Beziehungen und eine wachsende Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft darstellt. Trotz der geschilderten Tendenzen werden Nationalstaaten jedoch weiterhin eine große Bedeutung beibehalten, da durch sie nach wie vor wesentliche Rahmenbedingungen für die sozioökonomische Entwicklung vorgegeben werden.

5 Salden des Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland (in Mio. DM)

	Reiseverkehr	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Transport ¹	Regierungsleistungen ²	Übrige Dienstleistungen	Gesamt
1993	- 43808	+ 2367	- 3925	+ 4913	+ 10044	- 14222	- 43804
1994	- 49310	+ 1650	- 3421	+ 4975	+ 8771	- 14756	- 52091
1995	- 49054	+ 2675	- 4021	+ 4853	+ 6848	- 13807	- 52505
1996	- 50324	+ 2735	- 3780	+ 5205	+ 6694	- 13089	- 52512
1997	- 51438	+ 2465	- 2628	+ 7185	+ 6620	- 18486	- 56328

¹ Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten
² Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen

noch zu kontrollieren ist. Die Rolle von Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung ist daher immer wieder Gegenstand von Debatten über die weltweite sozioökonomische Struktur im 21. Jahrhundert ➔.

Zielregionen deutscher Direktinvestitionen

Der überwiegende Teil deutscher Direktinvestitionen konzentriert sich auf die Industriestaaten, vor allem diejenigen der EU sowie die USA 6. Die Entwicklungsländer sind als Zielregion in den letzten Jahren immer mehr ins Hintertreffen geraten. Betrug die deutschen Kapitalströme in diese Staatengruppen zu Beginn der 80er Jahre noch rund 20% aller deutschen Auslandsinvestitionen, sank der Kapitalfluss bis heute auf nur noch 8% ab. Besonders stark zurückgefallen sind die Kapitalanlagen in Afrika. Hier waren in manchen Jahren sogar Desinvestitionen zu verzeichnen. Positive Entwicklungen ließen sich dagegen v.a. in China und in den Ländern Lateinamerikas feststellen. Wachsend ist auch das deutsche Engagement in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern, wobei ähnlich wie bei den Außenhandelsverflechtungen die Reformstaaten Ungarn, Tschechische Republik und Polen bevorzugte Investitionsziele sind.

Die Ursache für diese räumliche Verteilung liegt v.a. in den Motiven der Auslandsstätigkeit deutscher Unternehmen begründet. Entgegen häufiger An-

nahmen handelt es sich bei den meisten Direktinvestitionen um Markterschließungs- bzw. Marktsicherungsaktivitäten, das Motiv der kostenorientierten Investitionen ist demgegenüber seltener anzutreffen. Dies gilt empirischen Untersuchungen zufolge selbst für Zielländer mit einem geringen Kostenniveau, die sog. Billiglohnländer.

Die Debatte um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“

Der negative Saldo der deutschen Direktinvestitionsbilanz wird im Rahmen der „Standort-Deutschland“-Debatte immer wieder als Argument für die mangelnde Standortattraktivität benutzt. Danach sei das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland gleichzusetzen mit einem Arbeitsplatzexport aufgrund von Kostenvorteilen im Ausland, insbesondere bei den Lohnkosten. Diese Schlussfolgerung ist allerdings aus verschiedenen Gründen nicht zulässig.

Zweifellos gibt es kostenorientierte Investitionen im Ausland, die größte Zahl an Unternehmen tätigt jedoch Direktinvestitionen, um durch die Verwertung ihrer unternehmensspezifischen Vorteile Märkte im Ausland zu erschließen und zu sichern. Ausländische Unternehmen haben es in Deutschland dagegen schwer, ihre Vorteile angesichts der heimischen Konkurrenz zu verwerten. Dies spricht eher für eine Wettbewerbsstärke Deutschlands. Gesamtwirtschaftlich betrachtet weist Deutschland seit langem einen Leistungsbilanzüberschuss aus, der

v.a. aus unterdurchschnittlich gestiegenen Lohnstückkosten entsteht. Ein Nettokapitalabfluss, u.a. durch Direktinvestitionen, führt zum notwendigen Ausgleich der Zahlungsbilanz. Dieser Sachverhalt weist auf eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft hin.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit in Deutschland ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und damit auch das wachsende Engagement deutscher Unternehmen im Ausland von vielen Menschen als bedrohlich empfunden wird. Die Hypothese des Arbeitsplatzexportes wird dabei immer wieder als eine der negativsten Begleiterscheinungen genannt. Allerdings zeigen mehrere Studien von wissenschaftlichen Instituten ebenso wie von wirtschaftsnahen Verbänden, dass der überwiegende Teil verlorengegangener Arbeitsplätze nicht auf Internationalisierungsaktivitäten zurückzuführen ist. Stattdessen führten Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben und verstärkte *Outsourcing*-Aktivitäten zu einem Abbau v.a. industrieller Beschäftigung. Dies soll nicht heißen, dass keine Arbeitsplatzverluste durch Verlagerung von Produktion oder Teilen davon ins Ausland existieren würden. Deren Umfang wird jedoch i.d.R. sehr überschätzt. Schließlich wird häufig die Frage vernachlässigt, welche Wettbewerbschancen deutschen Unternehmen verbleiben, wenn sie nicht durch eigenes Engagement auf die Herausforderungen einer weltweit vernetz-

ten Ökonomie reagieren. Ein Scheitern von Unternehmen aufgrund mangelnder internationaler Präsenz hätte zweifellos weitaus negativere Konsequenzen für die Beschäftigungssituation in Deutschland.

Deutschland als führender Messestandort

Weltweit hat sich die Zahl von Messen, die als Foren für Informationsaustausch und Marktplätze für die Aufnahme von Geschäften betrachtet werden können, seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Bedeutung von Messen für eine erfolgreiche Unternehmenstätigkeit ist angesichts von Globalisierung und Internationalisierung hoch. Dabei hat sich Deutschland als führende Nation etabliert. Rund zwei Drittel aller international führenden Fachmessen finden hier statt. Nahezu jede Branche der Konsum- und Investitionsgüterindustrie richtet ihre Leitveranstaltung an einem der deutschen Messestandorte aus. Die Attraktivität des deutschen Messewesens für Aussteller und Besucher aus aller Welt hat mehrere Ursachen. In diesem Zusammenhang ist v.a. die Umstellung vom Universalmessekonzept auf das Fachmessekonzept zu nennen. Die Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erhöhte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Messengesellschaften. Diese sind groß genug, um weltweit kontinuierlich Aussteller und Besucher zu akquirieren. 1995 kamen beispielsweise mehr als 45% der Aussteller und ca. 20% der Besucher aus dem Ausland. Die für er-



Containerhafen Hamburg

folgreiche Veranstaltungen benötigte Infrastruktur (Hallen- und Freiflächen, überregionale Verkehrsanbindung, Tagungs- und Hotelkapazitäten) ist in Deutschland von hoher Qualität.

Insbesondere die wichtigsten Messestandorte in Deutschland – Frankfurt a.M., Hannover, Düsseldorf, Köln und München – profitieren von den regionalökonomischen Effekten des Messewesens. So werden von den Ausstellern

und Besuchern der deutschen Messen jährlich etwa 11 Mrd. DM ausgegeben. Berücksichtigt man zusätzlich die entstehenden Multiplikatorwirkungen, beziffert sich der durch Messen induzierte Umsatz in Deutschland sogar auf jährlich rund 27 Mrd. DM (1995). Dies führt zu nicht unerheblichen direkten und indirekten Arbeitplatzeffekten, v.a. im Dienstleistungssektor. ♦

6 Zielländer deutscher Direktinvestitionen 1996

